**Bezugs-Preis**

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post:
innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

**Morgen-Ausgabe.**

# Leipziger Tageblatt

und

## Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

**Anzeigen-Preis**

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ.
Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰.
Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr.
Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10.
(Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden:
Seestraße 4, 1 (Telephon 4621).

**Nr. 330.** **Mittwoch, den 30. November 1910.** **104. Jahrgang.**

## Das Wichtigste.

* Der Landeskulturrat behandelte in seiner Sitzung am Dienstag u. a. den Entwurf der Reichsversicherungsordnung und den Erlaß eines Reichsmilchgesetzes. (S. d. bes. Artikel.)

* Der Kaiser wohnte am Dienstag der Einweihung der Technischen Hochschule in Breslau bei. (S. d. bes. Art.)

* **Der Reichstag beendete am Dienstag die erste Lesung des Schiffahrtsabgaben-Entwurfes, nachdem sich verschiedene sächsische Abgeordnete scharf gegen den Entwurf ausgesprochen hatten.** (S. d. bes. Art. u. Reichstagsbericht.)

* Der französische Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Sabotage sieht Gefängnisstrafe für Sabotagevergehen und Dienstverweigerung von Eisenbahnbeamten vor. Zur Beilegung von Streitigkeiten wird ein Schiedsgerichtshof gebildet. (S. Ausl.)

* Ueber China ist eine Art Kriegszustand verhängt worden. (S. Ausl.)

## Die Lords.

Der Würfel ist geworfen. Das Unterhaus ist zum zweiten Male in Jahresfrist aufgelöst. Die bereits in einigen Tagen beginnenden Wahlen sollen darüber Entscheidung bringen, ob England Aristokratie oder Demokratie wird. Denn seine bisherige Form der Oligarchie wird es auf keinen Fall behalten, ob die Wahlen konservativ oder liberal ausfallen. Es handelt sich allein darum, ob das von Asquith und Lloyd George gefällte und höchst geschmacklos ausdrücklich so bezeichnete Todesurteil von Henkershand vollstreckt oder das von den Lords selbst beschlossene Harakiri vollzogen werden soll, dessen Ausfertigung die Namen Rosebery und Lansdowne trägt.

Roseberys Resolutionen ändern die bisherige Zusammensetzung des Oberhauses. Der Begriff der Erbweisheit soll ausgetilgt werden aus Englands Verfassung. Das künftige Haus der Peers wird aus drei Schichten zusammengesetzt sein: durch erwählte Vertreter aus der Mitte der hochadligen Geschlechter, durch Erwählte ausgezeichneter Berufsstände und durch Ernannte des Königs. Alle aber, auch die letzte Klasse, sollen auf eine begrenzte Zahl eingeschränkt werden, so daß dem nicht willigen Hause nicht mehr Gewalt angetan werden darf, wie es jetzt die Liberalen für den Fall ihres Sturzes drohen.

Aber die Resolutionen Lansdownes brechen auch dem bis auf die Möglichkeit eines Peer-Schubes bislang unbedingt konservativen Eigenwillen der Ersten Kammer das Rückgrat. Denn sie eröffnen beim Widerstreit beider Häuser eine Gasse dem „Referendum", der Berufung an die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Lord Lansdowne will mit dem Kalbe der Schweizer Demokratie pflügen.

Der Gedanke ist gar nicht schlecht. Es ist bemerkenswert, daß gleichzeitig auch in Deutschland die Frage eines einzuführenden Referendums angeschnitten wird. Nicht allein in Ledebours Rede vom Sonnabend, sondern auch von nichtsozialdemokratischer Seite. Freilich muß die Schweizer Einrichtung als sehr einseitig bezeichnet werden, da sie dem Schweizer Volke bloß ein Veto gegen parlamentarisch beschlossene Neuerungen gibt, die zum Beispiel von Lansdowne für England vorgeschlagene Form aber eine positive subsidiäre Volksgesetzgebung bei parlamentarisch gescheiterten Anträgen einführen will.

Man wird nicht leugnen dürfen, daß die Lords im politischen Schachspiel sich glänzend verteidigen. Ihre Gegenvorschläge haben viel mehr demokratische Gerechtigkeit als die „Veto-Bill" der Regierung, als deren Gesetzesregel der Guillotinierung des einen Faktors der Legislative durch den anderen. Der Wahlausfall muß ja nun bald zeigen, ob sie richtig gerechnet hat, als sie die Verhandlungen brüsk abbrach, als sie den tatsächlich sehr entgegenkommenden Lords mit bitterstem Hohne ein „zu spät!" entgegenschleuderte, ob sie wirklich sicher ist, mit den „Bauern" ihre Partie zu gewinnen.

Schließlich aber steht noch in verdeckter Stellung der „König". Man darf, sollten die Wahlen für Asquith und Lloyd George entscheiden, doppelt gespannt harren, ob König Georg die Garantien so bestimmt bereits übernommen hat, wie Mr. Asquith sich den Anschein gibt; auch für den Fall, daß die neue Mehrheit ebenso winzig, ebensowenig rein englisch ausfällt wie die bisherige. Denn wenn die Arbeiterpartei von vierzig Mann ihre Drohung eines Abfalles wahr macht, dann kann nach den heutigen Ziffernverhältnissen die auf 275 Liberale gestützte Regierung bloß mit Hilfe der 82 Irländer die Opposition der 273 Unionisten überwältigen. Bei den Wahlen aber entscheiden in England die relativen Mehrheiten, so daß die Sozialisten schon durch Aufstellung von Sonderkandidaten es in der Hand haben, zahlreiche liberale Bewerber zu Fall zu bringen.

Das größte Fragezeichen aber steht hinter dem Könige. Wie König Eduard sich entschieden haben würde, hat jetzt bloß noch geschichtliches Interesse und wird schwerlich aufgeklärt werden, da er nicht der Mann war, seine Trümpfe vor der Zeit irgendwen zu zeigen. Sein Nachfolger ist ein völlig unbeschriebenes Blatt für die Oeffentlichkeit, die noch nicht einmal erraten hat, ob sein Herz im Lager der Konservativen oder der Liberalen weilt. Daß für letztere Annahme keine große Wahrscheinlichkeit spricht, liegt auf der Hand. Weigert er sich aber des Gewaltschrittes, durch einige 300 neue Peers den Widerstand der 375 zu zerschmettern, dann muß eben Mr. Asquith mit seinem Kabinett trotz zweier Wahlsiege zurücktreten, muß sein intimer Gegner Balfour die Wählermassen zum dritten Male an die Urne berufen. Jedes andere Mittel gegen einen mit den Lords verbündeten König hieße — Revolution. Doch das sind spätere Sorgen. Die nächste Frage wird uns ja nun bald beantwortet werden: ist Asquith seiner Scharen dieses Mal sicher trotz aller Wahlunlust der Weihnachtswochen?

## Gegen die Schiffahrtsabgaben.

Der „Sachsentag", auf den man für die Beratung des Schiffahrtsabgabenentwurfs im Reichstag mit Sicherheit rechnen konnte, zeigte am Dienstag die aus unserem Königreich entsandten Volksboten von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken in vollendeter Einmütigkeit. Während sich noch in den düsteren Tagen des Streites um die Erbschaftssteuer die sächsischen Konservativen in verlegenes Schweigen hüllten und darauf verzichteten, ihren, durch „besondere Verhältnisse" begründeten, ablehnenden Standpunkt im Reichstag zu vertreten, fand ihr Sprecher, der Abgeordnete Dr. Wagner, der zugleich als Sachwalter der übrigen sächsischen Vertreter der Rechten auftrat, diesmal recht kräftige Worte für das Nein der sächsischen Konservativen. Als Vertreter der Sozialdemokraten verkündete der Abgeordnete Stolle die gleiche Ansicht in der Sprache seiner Partei, und der fortschrittliche Abgeordnete Günther-Plauen beschloß nicht unwirksam den Reigen der Redner aus Sachsen.

Aber das Glänzendste und Tiefste, was im ganzen Streit um die Schiffahrtsabgaben und vornehmlich gegen ihre Einführung gesagt worden ist, war die Rede des Leipziger Abgeordneten Dr. Junck. Seine Kritik bezog sich nicht nur auf die sachlichen Gründe gegen die Abgaben überhaupt, sie richtete sich auch gegen die technischen Unzulänglichkeiten des Entwurfs und vor allen Dingen gegen die rechtlichen Anomalien, die sich aus einer glatten Genehmigung dieses Meisterwerkes des Herrn Peters durch den Reichstag ergeben würden. Vor allen Dingen zeichnete sich aber seine Rede durch einen warmen unitarischen Ton aus, der in unserer Zeit, in der sich partikularische Gedanken lauter denn je Geltung zu verschaffen suchen, besonders wohltuend berührte. Der Schlüssigkeit der Darlegungen dieses sachkundigen Mannes konnten sich auch die bedingten und unbedingten Anhänger der Vorlage nicht entziehen und es wäre nur zu wünschen, daß die Kritik so durchschlagenden Erfolg hätte, daß der in sich widerspruchsvolle und an Unklarheiten außerordentlich reiche Entwurf des Herrn Peters in der Versinkung verschwände.

*

Ueber den Verlauf der Sitzung selbst erhalten wir von unserem Berliner Mitarbeiter folgendes Stimmungsbild:

J. **Berlin**, 29. November. (Privattel.)

Der Reichstag löst sich bei der Beratung der Schiffahrtsabgaben in seine landschaftlichen Bestandteile auf. Das Fraktionsband zerspringt, die gemeinsame Heimat hält fest. Namentlich ist es der Gegensatz der Sachsen und der Württemberger, der heute in die Erscheinung tritt. Die sächsischen Mitglieder der Rechten haben sich zu einem Zweckverband zusammengeschlossen, oder soll man lieber sagen einem Anustromverband, zu dessen Wortführer sie den konservativen Dr. Wagner machten. Er gab eine ablehnende Erklärung ab, die stellenweise sich zu nicht geringer Schärfe zuspitzte. In würdigem, fast salbungsvollem Ton fügt der Vertreter von Zwickau, Stolle (Soz.), dem Nein, das gestern der Mannheimer Frank aussprach, das Nein der sächsischen Sozialdemokraten hinzu.

Dann erhob sich der Abgeordnete Leipzigs, Dr. Junck, um vom Platze aus eine Kritik der Regierungsvorlage zu geben, die nach so viel gegnerischer Rede fast durchweg Neues bot und vom Haus mit besonderer Aufmerksamkeit angehört wurde. Er erörterte eine Reihe wichtiger Fragen, prüfte, wie die Regierungsvorlage sich dazu stelle und kam meistens zu einem vernichtenden Urteil. Junck hat wirklich gelesen, was in der Vorlage steht, und hat dabei gefunden, daß vieles nicht darin steht, einiges aber, was man gern mit voller Gründlichkeit behandelt gesehen hätte, an „verschwiegenem Orte" versteckt ist. Ein großzügiger Ausbau der deutschen Wasserstraßen unter Leitung des Reichs — wer würde sich nicht dafür begeistern, und auch Abg. Dr. Junck wäre geneigt, dem zuzustimmen, aber das Reich, so ungefähr führt er aus, will ja den Plan gar nicht selbst in die Hand nehmen. Es zieht sich vielmehr zurück und überläßt die Angelegenheit zwischenstaatlichen Strombauverbänden. Was für Institutionen sind das vom rechtlichen Standpunkt? Man hat sie Gesellschaften genannt und Junck fügt hinzu m. b. H. und übersetzt das in diesem Falle: „mit bescheidenen Hoffnungen". Ohne Verträge zwischen den an den Strömen beteiligten Bundesstaaten können die Strombauverbände gar nicht entstehen und funktionieren, und wenn man auch glauben darf, daß die Bundesstaaten sich im allgemeinen schon zugesagt haben, welche Verträge sie miteinander abschließen wollen, so ist doch die Lage staatsrechtlich nichts weniger als einwandfrei.

Wie im Innern des Reichs die Diplomatenkunst der auswärtigen Minister spielen muß, so auch in den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und den Niederlanden, denen die Abgaben schmackhaft gemacht werden sollen. Hier ist wieder die Gefahr, daß diese Länder auf Kosten der deutschen Schiffer bevorzugt werden, also Vorsicht. Die Vorlage läßt alle diese Dinge im dunkeln. Sie läßt der Regierung auch die Freiheit, die Schiffahrtsabgaben auf dem einen Strom in Kraft treten zu lassen, während der andere Strom noch frei bleibt, was zu einer unerträglichen Verschiebung des Verkehrs führen würde. Das Technische ist so ungeklärt, wie das Rechtliche. Von technischer Seite wird bestritten, daß man dem Oberlauf der Elbe überhaupt auf die vorgesehene Tiefe zu bringen vermöge; die ganze Vorlage hat darüber nur 6 Zeilen. Sie hat auch keine gründlichen Berechnungen über die Erträgnisse der Abgaben, so daß auch hier alles in der Luft schwebt. Auch das, was dem Leipziger Wirtschaftsgebiet geboten wird, erweckt das Mißtrauen. Daß die Kanalisation der Saale bald kommen werde, glaubt Junck nicht. Es scheint nach dem Wortlaut des Entwurfs nicht ausgeschlossen, daß auf der kanalisierten Saale in Halle eine Stufe gemacht werden soll und die Schiffe dort zum Umladen gezwungen werden sollen, wovon Halle den Vorteil hätte, nicht Leipzig. Die Gefahr, daß der Güterverkehr von den Strömen auf die Eisenbahnen übergehe, ist hier, wie überhaupt im ganzen deutschen Wirtschaftsgebiet vorhanden.

Der Redner schafft den Regierungsvertretern viel Arbeit. Ministerialdirektor Peters macht sich emsig Notizen, die Bundesratsbevollmächtigten hören angespannt zu, und man hat das Gefühl, daß eigentlich keiner eine Antwort auf die von Junck gestellten ernsten Fragen weiß. Um so dankbarer quittiert das Haus für die außerordentlich gründliche, sachliche Rede, die von Anfang bis zu Ende fesselte. Der Abg. Wölzl, der gestrige Redner der Nationalliberalen, aber in diesem Falle als Bayer anders interessiert, sitzt unmittelbar hinter dem Redner und wird, so hoffen wir, seinem Fraktionsgenossen nichts nachtragen.

In ähnliche Lage setzt heute Abg. Haußmann den Abg. Kämpff, der gestern tapfer gegen die Schiffahrtsabgaben gefochten hat. Haußmann zügelte sein Temperament heute ein wenig. Er ist als Württemberger mehr Freund wie Feind der Vorlage, will aber die Gegner des Gesetzes in den Reihen seiner Fraktion nicht verletzen.

Ein anderer Württemberger, der nationalliberale Abg. Wetzel, äußerte sich noch günstig zu der Vorlage. Daß Dr. Hahn (Kons.) den Grundgedanken des Entwurfs über den Schellenkönig pries, braucht nicht näher dargelegt werden. In Gerstenberger erhob sich noch ein bayrischer Mitglied des Zentrums, das um des Maines willen gern etwas zustandebringen möchte. Den Schluß machte der Abg. Günther-Plauen (Fortschr. Vpt.), der zu sehr später Stunde seinen ablehnenden Standpunkt darlegte. Dann aber machte ein Schlußantrag der ersten Lesung ein Ende und die Vorlage ging an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

## Die Einweihung der technischen Hochschule in Breslau.

Am Dienstagvormittag begab sich der Kaiser von Oppeln nach Breslau, um dort der Einweihung der neuen Technischen Hochschule beizuwohnen. Während der Fahrt nahm er den Vortrag des Ministers der Landwirtschaft von Schorlemer-Lieser entgegen. Nach der Ankunft in Breslau, die vormittags 11 Uhr 25 Min. erfolgte, fuhr der Kaiser vom Bahnhof im offenen Automobil über die neue Kaiserbrücke nach der Technischen Hochschule. Der ganze Weg war von Menschenmassen dicht umsäumt, die dem Kaiser begeisterte Huldigungen darbrachten.

In Begleitung des Kaisers befanden sich außer den Herren des Gefolges der Herzog von Ratibor und Oberpräsident Günther.

**Vor dem Gebäude der Hochschule,**

die von einem Walde von Flaggenmasten umgeben ist, stand eine Ehrenkompanie des Grenadierregiments „König Friedrich Wilhelm III." (2. Schlesisches) Nr. 11. Kultusminister Trott zu Solz und der Direktor der Technischen Hochschule Schenk empfingen den Kaiser und geleiteten ihn durch das Spalier der Studierenden zur provisorischen Aula. Hier hatten sich versammelt: der Lehrkörper der Hochschule, die Chargierten der Studentenschaft der Hochschule und der Universität in Wichs, mit Fahnen; ferner Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Minister Sydow, die Fürsten Henckel von Donnersmarck und Hatzfeldt, Fürstbischof Kopp, der kommandierende General v. Wonrsch, der Erbauer der Hochschule Baurat Dr. Burgemeister, der Direktor im Kultusministerium Dr. Naumann u. a. Gesang eröffnete die Feier.

Dann betrat der Kaiser das Rednerpult und verlas die Weiherede, deren Wortlaut wir bereits im Depeschenteile der gestrigen Abendnummer mitgeteilt haben.

Nach dem Kaiser ergriff der

**Kultusminister v. Trott zu Solz**

das Wort zu folgender Ansprache:

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät bitte ich allerunterthänigst, den ehrfurchtsvollen Dank der Unterrichtsverwaltung dafür Allergnädigst entgegennehmen zu wollen, daß Euere Majestät geruht haben, Allerhöchstselbst die Weihe dieser neuen Technischen Hochschule zu vollziehen und ihr ein Königliches Geleitwort auf den Weg zu geben. Euere Majestät haben bei der Weihe der Technischen Hochschule in Danzig es als eine Ihrer vornehmsten landesherrlichen Pflichten bezeichnet, für die Verbreitung und Vertiefung der technischen Wissenschaften einzutreten und auf eine

**Vermehrung der Technischen Hochschulen**

hinzuwirken. Dieser von Euerer Majestät auch heute so warm betonten Allerhöchsten Stellungnahme ist es vor allem zu danken, daß nach verhältnismäßig kurzer Zeit eine weitere Technische Hochschule errichtet werden konnte. Und daß Euere Majestät ihre Errichtung hier in Breslau anordneten, das werden die Schlesier in tiefster Dankbarkeit als einen neuen Beweis der landesväterlichen Fürsorge der Hohenzollern empfinden, die sie zuerst in den Tagen Friedrichs des Großen kennen lernen durften.

Als der große König nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges sich in tatenreicher Friedensarbeit anschickte, die Wunden, welche der Krieg seinem Staate geschlagen hatte, zu heilen, wandte er seine Aufmerksamkeit namentlich auch auf Schlesien. Mit scharfem Blick erkannte er, daß dieses Land mit seinen reichen Bodenschätzen und seiner arbeitsamen Bevölkerung in besonderem Maße die Kraft in sich barg, an der Erstarkung des erschütterten Staates mitzuwirken. Diese Kraft zu lösen, den entmutigten Unternehmungsgeist wieder wachzurufen und ihm die Wege zu neuem gewinnbringenden Schaffen zu weisen, war das Ziel des Königs. In wunderbarer Weise war seinem Wirken auch hier der Erfolg beschieden. Unter seiner Regierung ist der Grund gelegt zu dem heute so mächtig entwickelten Kohlenbergbau Ober-Schlesiens, dem er durch Subventionen, durch Einfuhrverbote und Förderung der kohlenverbrauchenden Gewerbe den Absatz sicherte. „Die Werke sind nicht dazu da, um ewig Bomben zu gießen", meinte der König und wandte sich mit Nachdruck gegen das alte Vorurteil der mangelnden Festigkeit des schlesischen Eisens, überwand es und öffnete so der Gewinnung und Verarbeitung der einheimischen Erze die Bahn zu ihren mächtigen Fortschritten. Aber auch da, wo in der schlesischen Spinnerei und Weberei sich heute Tausende von fleißigen Händen regen, wird man des großen Königs und seines Ausspruches nicht vergessen: „Das Leinen- und Tuchgewerbe ist für Schlesien fast ebensoviel wert, wie Peru für den König von Spanien." Hiervon ausgehend, hat er seine schöpferische Kraft daran gesetzt, auch diesen Industrien frisches Leben zuzuführen, was in dem Maße gelang, daß ihnen noch bei seinen Lebzeiten ein achtunggebietender Platz auf dem Weltmarkt eingeräumt werden mußte.

Auf dem Grunde, den Friedrich der Große, unterstützt von dem erprobten Rate seiner Minister von Heinitz und von Reden, vor anderthalb Jahrhunderten hier legte, haben die nachfolgenden Geschlechter beharrlich weitergebaut. Mit berechtigtem Stolze blickt Schlesien, blickt das Vaterland auf die Großtaten, die das Talent des Ingenieurs im Verein mit kühnem Unternehmungsgeiste und der unermüdlichen Arbeitskraft eines fleißigen Volkes in diesem reichgesegneten Lande vollbracht hat.

Heute mit der Errichtung der Technischen Hochschule in Breslau stehen wir vor einem

**neuen verheißungsvollen Abschnitt**

dieser glücklichen industriellen Entwickelung. Soll die schlesische Industrie sich im wirtschaftlichen Wettstreit auch fernerhin kräftig behaupten, so kommt es nicht zuletzt auch darauf an, den jungen Nachwuchs dieser Provinz mehr als bisher zur Mitarbeit heranzuziehen und in ernster wissenschaftlicher Schulung für die großen Aufgaben auszurüsten, die sich gerade in diesem Lande, bedingt durch die Eigenart seiner Naturkräfte und Bodenschätze, der Schaffenskraft des Ingenieurs darbieten. Den strebsamen Söhnen Schlesiens öffnet darum diese Hochschule der Technik vor allem ihre Pforten. Nicht minder soll die Hochschule aber auch der schaffenden Industrie des Landes eine stets bereite Helferin und Beraterin sein. Unaufhaltsam mit Riesenschritten schreitet in unseren Tagen die technische Wissenschaft aller Zweige voran. Will der Ingenieur, der Unternehmer das Höchste schaffen, kann er den dauernden Zusammenhang mit der technischen Wissenschaft nicht mehr entbehren. Sie weist ihm neue Wege für seine Arbeit, regt zu Versuchen und Verbesserungen an und stellt, was sie in stiller Forscherarbeit ans Licht bringt, freudig in den

**Dienst der Allgemeinheit.**

SLUB
Wir führen Wissen.